

A) Theorie, Geschichte und Konzepte des ZFD

1. Entwicklungstheorie auf dem Weg zur Friedenstheorie

Die Erfahrungen der internationalen Entwicklungsorganisationen in Ruanda haben einen bedeutenden Anteil zu der Erkenntnis beigetragen, dass die herkömmlichen Parameter der Entwicklungszusammenarbeit¹ nicht ausreichen, um eine ganzheitliche Stabilisierung der Partnerstaaten zu unterstützen. Viele Entwicklungsdienste hatten bei ihrer Gründung noch ein aktives Engagement für Frieden und Gerechtigkeit in ihren Statuten verankert, das jedoch im Zuge ihrer Professionalisierung und Institutionalisierung immer mehr dem Einsatz zur Armutüberwindung auf reinökonomischer Basis wich.

„Die Überwindung von Not koppelte in den 70er und 80er Jahren die Überwindung von Krieg weitgehend ab, bevor später leidvoll gelernt werden musste, dass die Vernachlässigung des Zweiten auch die Erfolge des Ersten oft wieder in Frage stellte“.²

Es wurde gerade am Beispiel Ruandas, eines bevorzugten Partnerlandes der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), deutlich, dass bisher die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Implementierung basisdemokratischer Strukturen zu wenig als *zentrale Voraussetzungen* der nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit anerkannt worden waren. Zwar stellen die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte 1948, die zwei Menschenrechtserklärungender VN von 1966, die Beschlussempfehlungender Agenda 21 von 1992 sowie die Ergebnisse der Weltkonferenz über Menschenrechte alle in den Mittelpunkt, dass Entwicklung, Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte untrennbar miteinander verbunden sind und sich gegenseitig bedingen und stärken. Die realen entwicklungspolitischen Konzepte der 70er und 80er Jahre waren aber durch ihre einseitige Fokussierung auf ökonomische Prozesse den grundlegenden Entwicklungshemmnissen, nämlich der ungleichen Verteilung ökonomischer, vor allem aber auch politischer Partizipationsmöglichkeiten, nicht gerecht geworden.

„Das traditionelle Selbstverständnis von Entwicklungspolitik war die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Partnerländern. Diesem Verständnis lag die Vorstellung zugrunde, die Entwicklungsländer müssten sich nach dem Vorbild der Industrieländer entwickeln. Heute gilt: Entwicklungspolitik muss darin begründet sein, dass stabile regionale Sicherheitspartnerschaften in den internationalen Beziehungen entstehen, die sich auf wirtschaftliche und soziale Entwicklungspartnerschaften stützen. Damit ist Entwicklungspolitik das dritte Element internationaler Bezie-

¹ Verbesserung der ökonomischen, humanitären und ökologischen Lebensbedingungen für die Länder des Südens

² Voß, Reinhard: Geschichte der Friedensdienste in Deutschland, in: Evers, Tilman (Hg.): Ziviler Friedensdienst – Fachleute für den Frieden, Opladen 2000, S. 127–145, S. 139

hungen, neben der Außen- und Sicherheitspolitik. All ihren spezifischen Instrumenten zur globalen Sicher Rechtsstaat (...) ist eine der Grundvoraussetzungen muntsbeseitigende und nachhaltige Entwicklung.“³

ledrei Politikbereiche tragen mit heit bei. (...) Der demokratische für eine menschenwürdige, ar-

Jahrzehntelange Arbeit und Milliarden an internationalen Investitionen in die positive Entwicklung eines Landes wie z.B. Ruanda, aber auch Mosambik, Angola, Sierra Leone oder Äthiopien/Eritrea wurden innerhalb weniger Monate zerstört, weil die bisher von den westlichen Staaten favorisierten politischen Eliten ihrem Regierungsauftrag nicht nachkamen, sondern statt dessen ihre Privilegien mit allen Mitteln zu sichern suchten. Nach 1994 ist unbestreitbar offenbar geworden, dass nur die strikte Überprüfung von good-governance-Kriterien sowie ein deutlich krisenpräventiver Ansatz in der Entwicklungstheorie weitere öffentliche Investitionen in die Partnerstaaten der EZ rechtfertigen können. Die Vergabe von öffentlichen Mitteln kann gegenüber dem Steuerzahler besser dadurch legitimiert werden, dass die Nachhaltigkeit der geleisteten Investitionen in der EZ gesichert wird und Projekte nicht in regelmäßigen Abständen durch Kriege, Bürgerkriege und ökologische Katastrophen vernichtet werden.

Auf der Ebene der VN wurde daher 1992 die Prävention politischer Krisen zur neuen zentralen Kategorie für die politische Arbeit der internationalen Staatengemeinschaft definiert.⁴

Die Entwicklungstheoretische Wende

Schon Ende der 60er Jahre war von Seiten lokaler NGOs und Selbsthilfeinitiativen der Ruf nach einer Entwicklungspolitik laut geworden, die die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Beteiligung der Bevölkerung an politischer Steuerung in das Zentrum ihrer Planungs- und Steuerungskriterien rückte. Dennoch bestimmte in den 70er und beginnenden 80er Jahren vor allem die Vergabe von Krediten sowie die Unterstützung des Baus von Großprojekten wie Staudämmen oder Industrieanlagen die Entwicklungspolitische Realität. Ab Mitte der 80er Jahre konnten die Gender-Debatte sowie die Forderung nach ökologisch verträglichem Projektentwurf den entwicklungstheoretischen Diskurs maßgeblich beeinflussen. Dabei wurde auch zum ersten Mal deutlich, dass Themen, die das gesellschaftspolitische Tagesgeschäft bestimmen, durchaus dazu in der Lage waren, Einfluss auf die Anwendungspraxis in den Entwicklungsorganisationen zu nehmen. Genderberatung und Umweltschutz fanden immer mehr Einzug in die Programmabteilungen der Entwicklungsorganisationen und halfen dabei, dass

³Deutscher, Eckhard/Kochendörfer-Lucius, Gudrun: Partnerschaft für Sicherheit und Entwicklung, in: EZ 7/8, 1999

⁴siehe dazu: Friedenschaffen mit Blauhelmen? In: DZ 4/92, Hamburg 1992

sich die Frage nach der Umfeldwirkung sowie den langfristigen Folgen von Einzelprojekten in das Bewusstsein der Projektplaner schoben. Auf dem ökonomischen Sektor erhielten Mikro- und kleine Unternehmen als Großprojekte, deren trickle-down-Effekt selten in ausreichendem Maße eintrat, ⁵ die Armutsbekämpfung direkt bei den Betroffenen möglich machten. Die Integration der Zielgruppen in allen Phasen der Projektplanung, -vorbereitung und -implementierung gewann in den 90er Jahren ebenso an Gewicht, da der Wert demokratischer Verwaltungsstrukturen und die Identifikation der Zielgruppen mit den Projekten immer mehr erkannt wurde. Der entwicklungstheoretische Fortschritt der späten 80er und frühen 90er Jahre bestand also vor allem in der Erkenntnis, dass entwicklungspolitische Maßnahmen keinen punktuellen, sondern einen systemischen Charakter haben müssen, der möglichst viele Faktoren im Projektumfeld einkalkulieren soll, um möglichst effizient zu funktionieren. Die Verankerung von Projekten in der Verantwortlichkeit der Betroffenen, statt der Geldgeber, führte zu einer höheren Effizienz der investierten Mittel, da sich mit der *Ownership* auch die Akzeptanz von Maßnahmen steigerte, die nicht mehr als „fremde“ und unangemessene Eingriffe in die eigenen Lebensumstände verstanden wurden.

Erst auf diesem Vorbau konnte dann der lange bestehende Wunsch nach einer integrierten friedensfördernden Komponente im Kanon der entwicklungspolitischen Maßnahmen greifen. Denn die ersten Ansätze zur Konfliktbewältigung als Aufgabe bilateraler und multilateraler Kooperation mit den Partnerländern der EZ hatten noch einen viel zu eindimensionalen und an militärische Strategien erinnernden Charakter: „Einsatzgruppen“ ohne Uniformen sollten als „Ersatz für den Kriegsdienst“ in Gruppen auftretend durch „Hilfsmaßnahmen“ für die Rechte der Benachteiligten und Opfer von Krieg und Gewalt eintreten. Doch erst die Emanzipation der methodischen Ansätze von militärischen Denk- und Planungsmustern machte die Ideen vom Beitrag deutscher Fachkräfte zur Friedenssicherung praktikabel. ⁶

Neben der Diversifikation der Methoden in der EZ war jedoch ein anderer Faktor für den Wechsel der entwicklungspolitischen Paradigmen verantwortlich: Mit dem Ende des Kalten Krieges relativiertensich viele Leitlinien der Entwicklungspraxis, und bisher als fundamentale Entwicklungshemmnisse gedeutete Faktoren veränderten sich grundlegend, ohne dass sich die Lebensbedingungen in den Partnerländern verbesserten.

⁵ Als Ausnahmen können allerdings die sogenannten „Tigerstaaten“ Asiens gelten.

⁶ Siehe dazu: Büttner, Christian/Jochheim, Gernot u. a. (Hg.): Zur Geschichte und Gegenwart der gewaltfreien Aktion, Sonderheft Politik von Unten 111, 112/1997

Bis Ende der 80er Jahre diente die EZ mit vielen Staaten in nicht unerheblichem Maße auch der Aufrechterhaltung von Bündnissen in den ideologischen Blöcken des Ostens und des Westens. Quer durch Afrika verlief die Trennlinie zwischen den beiden Systemen, und mit den Mitteln der EZ und der technischen und finanziellen Zusammenarbeit (TZ und FZ) wurden Kooperationswilligkeit und Wohlverhalten erkaufte bzw. sanktioniert. Kriegerische Auseinandersetzungen wurden dabei oftmals „Stellvertreter-Konflikte“ auf dem Territorium der Entwicklungsländer interpretiert. Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem schrittweisen Abbau ideologischer Dichotomien hätte die Häufigkeit solcher Konflikte konsequenterweise auch abnehmen müssen, doch im Gegenteil stieg die Zahl nationaler und internationaler Krisen und bewaffneter Auseinandersetzungen sprunghaft an. Nach dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes wuchs in vielen Regionen die Eigenverantwortlichkeit der lokalen Eliten, die nun nicht mehr eindeutig in die Hierarchien ihrer jeweiligen Blockbindungen eingebunden waren. Noch aus der kolonialen Ära stammende Konfliktursachen gewannen an Virulenz und eskalierten in Kriegen um die Verteilung ethnischer Einflusssbereiche, ökonomischer Mittel oder partizipatorischer Anteile in wiedereröffneten Prozessender Staatenbildung.

Mit der Überwindung der west-östlichen Rivalität der Supermächte rückten die Staaten der sog. „Dritten Welt“ wieder aus dem Augenmerk der Vertreter der „Ersten Welt“, weil sie nun kaum mehr einen Beitrag zur Identität des Staatenblockes beitragen konnten, sondern vielmehr als potentielle Krisenherde mit hohem finanziellen Bedarf identifiziert wurden. Die politische Einflussnahme mit Hilfe der EZ nahm in diesem Maße ab, wie auch das strategische Interesse der Supermächte an ihre ehemaligen Verbündeten in den Ländern des Südens sank. Viele Organe der EZ erhofften sich zu Beginn der 90er Jahre eine Umschichtung von Mitteln aus Rüstungsetats in den Bereich der Armutsbekämpfung und der sozialen Sicherung. Doch eine gezielte Ursachenbekämpfung und abgestimmte Konzepte zur Krisenprävention blieben aus. Statt dessen kam es zu einem deutlichen Anstieg gewaltsamer Konflikte. Neue Eliten übernahmen die politische Verantwortung in Staaten, die der erstenmal von den Krediten westlicher Geber. Bündnis-Abhängigkeit standen. Doch stattdessen nahmen Korruption, Klientelismus und Sanierungsprozesse mal von den Krediten westlicher Geber. verfielen die meisten in erneute Abhängigkeit, dies waren Emanzipationschancen wurden nicht genutzt, statt dessen nahmen Korruption, Klientelismus und Verschwendung ungekannte Ausmaße an.

Weil sich die Praxis der EZ immer noch an rein ökonomischen Wachstumsindikatoren orientierte, konnten, wie besonders am ruandischen Beispiel sichtbar, korrupte, und demokratische Regime mit westlichen Krediten ihre Armeen weiter aufrüsten und notwendige Gelder aus dem sozialen Bereich für Prestigeprojekte fehlinvestieren. Spätestens der ruand-

dische Genozid machte deutlich, dass nur eine fundamentale entwicklungstheoretische Wende die Vergabe weiterer Steuergelder in der EZ rechtfer- tigen konnte. Nur die strikte Anwendung und Kontrolle von Good-Governance-Kriterien und die Überwachung der Einhaltung der Grundrechte konnte die sinnvolle Verwendung ökonomischer Mittel in den Partnerländern zumindest ansatzweise sicherstellen.

Seit Ende der 90er Jahre entwickelte sich der entwicklungstheoretische Diskurs dahingehend, dass neben einem um die Kategorie Krisenprävention und Konfliktmanagement erweiterten Katalog an Maßnahmen der EZ auch die Folgeabschätzung herkömmlicher Kooperationsprojekte notwendig sei. Gerade in Ruanda war deutlich geworden, dass unreflektierte EZ-Maßnahmen nicht nur wenig friedensfördernd, sondern direkt oder indirekt sogar krisenverschärfend und damit gewaltfördernd wirken können.⁷

Die Entstehung des ZFD

Mit der Entstehung der Friedensbewegung begann auch die Diskussion um die Möglichkeiten einer nicht-militärischen Friedensarbeit, die sich zunächst auf die Bundesrepublik beschränkte, aber schnell in ihrem Aktionsradius auch auf die Krisenregionen des Südens übertragen wurde. Als Vorbilder galt dabei die „Friedensarmee“ Shanti Sena Mahatma Ghandis⁸, aber auch PBI (Peace Brigades International).

Aus den Reihen der Abrüstungs- und Friedensbewegung formierte sich 1994 das „Forum Ziviler Friedensdienst (FZFD)“, das sich aus einem lockeren Gesprächskreis zu einer gemeinnützigen Vereinigung entwickelte.⁹ Im FZFD sammelten sich Kirchengruppen und Friedensinitiativen, die gemeinsam ihre pazifistischen Grundvorstellungen in die entwicklungspolitische Praxis einbringen wollten. Ihr Ziel war die Ausbildung von freiwilligen Friedensfachkräften, die dann durch die anerkannte Entwicklungsdienste in Krisenregionen entsandt werden sollten. Das BMZ lehnte einen Finanzierungsantrag zur Ausbildung von Friedensfachkräften in Höhe von drei Mio. DM im Sommer 1996 ab, weil es mangelnde Professionalität und unklare Zielvorstellungen des Forums bemängelte. Besonders aber lag diese Form von Engagement nicht auf der generellen Linie des BMZ unter Spranger, der EZ vor allem mit den Mitteln der TZ und der Wirtschaftsförderung betriebe.

⁷Siehe dazu Anderson, Mary B.: *Dono Harm – how Aid can Support Peace or War*, London 1999, und Uvin, Peter, a. a. O.

⁸Siehe dazu Büttner, Christian: *Friedensbrigaden: Zeter 1995 und Ebert, Theodor: Opionieren und Regiere*
⁹siehe dazu: Büttner, Christian: *Herkunft und Zukunft des zivilen Friedensdienstes*, in: *Politik von Unten*, 11/12/1997, S. 131-138

can Support Peace or War, London 1999, und Uvin, Peter, a. a. O.
zivile Konfliktbearbeitung mit gewaltfreien Methoden, Münster, 2001
des zivilen Friedensdienstes, in: *Politik von Unten*, 11/12/1997, S. 131-138

Schließlich gelang es dem FZFD und der Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden (AGDF) 1997 das Land Nordrhein-Westfalen zu einem Modellprojekt für die Ausbildung von Friedensfachkräften zu motivieren. In drei Durchgängen wurden bis 1999 insgesamt 37 Fachkräfte auf ihre Einsätze in Bosnien, Somalia, Kolumbien und anderen Ländern vorbereitet. Ebenso in der Diskussion war in Kirchenkreisen zu Beginn der 90er Jahre ein Friedensdienst-Konzept, das jungen Menschen, auch als Ersatz für den Wehrdienst, die Möglichkeit geben sollte, in Krisenregionen freiwillige Dienste zu leisten.

Ziviler Friedensdienst als Alternative zum militärischen Intervention

In Kirchenkreisen entstand in den 80er Jahren die Idee von einem freiwilligen Dienst für den Frieden in Deutschland oder im Ausland, der auch als Ersatz für den Wehrdienst geleistet werden könnte.¹⁰ Diese Diskussion fand Niederschlag in der Entstehung des Europäischen Freiwilligen Programmes (EFP) und spiegelte das Konzept der United Nation Volunteers (UNV), die zur Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und zur Wahlbeobachtung 1970 gegründet worden waren.

Grundsätzlich wurden dabei drei Modelle diskutiert:

a) Ziviler Friedensdienst als Alternative zum Militär

In Europa sollten mittelfristig alle nationalen Armeen abgebaut und durch spezialisierte zivile Interventionsgruppen ersetzt werden. Mangels Bedrohungspotenzial sahen viele Pazifisten eine Legitimation für Armeen mit Verteidigungsauftrag nicht mehr gegeben und forderten Eingriffsmethoden, die auf gewaltfreie Methoden der Krisenprävention und Konfliktbewältigung abzielten.

Dieses sehr weitgehende Konzept zielte darauf ab, in der Gesellschaft so weitgehende strukturelle Reformen durch Friedenserziehung im Sinne Mahatma Gandhis durchzuführen, dass im Laufe der Zeit bewaffnete Interventionsformen im Inland wie auf internationaler Ebene nicht mehr nötig seien.

„Der springende Punkt dieses Konzeptes ist, daß es zwar vorsichtig formuliert, aber tendenziell eindeutig an die Stelle der allgemeinen militärischen Dienstpflicht für junge Männer die allgemeine Alphabetisierung in gewaltfreier Konfliktaustragung und eine darauf aufbauende Grundausbildung für möglichst viele Männer und Frauen setzt.“¹¹

¹⁰Eichborn, W.v.: Freiwillige für den Frieden – Aufgaben und Probleme der Friedensdienste, Stuttgart 1970, und Voß, Reinhard: a.a.O., S. 127–144, und Pax Christi (Hg.): Friedens statt Militäreinsätze, Idstein 1994

¹¹Ebert, Theodor: Ziviler Friedensdienst – Alternativen zum Militär, Münster 1997, S. 26

gaben und Probleme der Friedensdienste, Stuttgart 1970, und Pax Christi (Hg.): Friedens statt Militäreinsätze, Idstein 1994

Letztlichziel diesesModellabauaufeine

„ ‚Aufhebung‘ desstaatlichenGewaltmonopolsdurche inenZivilenFriedensdienst,der andieStellebewaffneterpolizeilicherundnationa lermilitärischerEinsatztritt.“¹²

b) ZivilerFriedensdienstalsErgänzungzumMilitär

Ein zweitesDenkmodell sah vor, dass aufnationaler wie aufinternationalerEbenezwar weiterhin die klassischen militärischen Interventio nsapparate weiterbestehen sollten. Komplementärdazu, undtendenziell immer bedeutende r, sollten sowohl aufgesellschaftlicher Ebene wie auch international „Friedenskorps“ gebildet werden, die im Krisenfall durchzivileFormendesKonfliktmanagementsfürGew altfreiheitsorgenkonnten. Damit wurde ein evtl. Bedarf anMachtmediation im a bsoluten Notfall weiter anerkannt, aber das Potential an gewaltfreiem zivilem Eingreif en sollte deutlicherhöht werden. Als Aufgabenbereiche wurden von der Regelung von Nachba rschaftskonflikten über Protestaktionen und Bürgerinitiativen, die Abwehr von Gewa lttaten extremistischer Gruppen bis hinzu Sicherung der freiheitlich demokratischen Gr undordnung gegen bewaffnete Bedrohungsung durch gewaltfreie Aktionen eine ganze Bandbrei te von Maßnahmen angesehen.¹³

c) ZivilerFriedensdienstunabhängigvonmilitärischen Strukturen

EindrittesDiskussionsmodell sah vor, dass der ZFD alsunabhängigesundeigenständiges Instrument der Konfliktbearbeitung in Deutschland a ngeboten werden sollte. Freiwillige sollten statteines „sozialen Dienstjahres“ ein „Fr iedensjahr“ ableisten können und damit evtl. ihren Wehrdienstersetzen. Expertensollten i m In- und Ausland Projekte zur gewaltfreien Prävention oder Lösung von Krisen und zur Be wältigung von Konfliktursachen beitragen.

Dieses Konzept wurde vor allem von VertreterInnen d er Entwicklungsorganisationen und innerdeutscher Friedensgruppen und NRO aufgegriffen , diesich als Trägerorganisationen solcher Maßnahmen einbringen wollten.

¹² ders: Opponieren und Regieren mit gewaltfreien Mitteln, Münster 2001, S. 303

¹³ Vogt, Roland/Südmersen, Kurt: Einsatzfelder des ZFD im In- und Ausland, in: Gewaltfreie Aktion 1, 2 / 1993, S. 31-37

ZFD-Modelle	„Alternative zum Militär“	„Ergänzung zum Militär“	„Parallel zum Militär“
Einsatzgebiet	<ul style="list-style-type: none"> • In Deutschland 	<ul style="list-style-type: none"> • In Deutschland und in kleinem Umfang auch international 	<ul style="list-style-type: none"> • International, evtl. auch Projekte in Deutschland
Geleistet von	<ul style="list-style-type: none"> • Allen jungen Männern und Frauen in der Gesellschaft • ExpertInnen 	<ul style="list-style-type: none"> • Freiwilligen • Jungen Männern statt Wehrdienst • ExpertInnen 	<ul style="list-style-type: none"> • Freiwilligen • ExpertInnen
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerarbeit • Lösung innergesellschaftlicher Konflikte 	<ul style="list-style-type: none"> • Lösung innergesellschaftlicher Konflikte • Bewältigung internationaler Konflikte 	<ul style="list-style-type: none"> • Lösung internationaler Konflikte mit Schwerpunkt auf Krisenregionen des Südens
Intention	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des Militärs als Konfliktbewältigungsstruktur • Verbreitung von Wissen über gewaltfreies Konfliktmanagement 	<ul style="list-style-type: none"> • Lösung interner und internationaler Konflikte mit gewaltfreien Mitteln • Teilweise Abschaffung des Militärs 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung internationaler ziviler und militärischer Bemühungen zur Krisenbewältigung und Krisenprävention

Die Regelung der ersten rot-grünen Bundesregierung

Auf parlamentarischer Ebene wurde der Diskurs um eine zivile Konfliktregelung 1992 von dem SPD-Abgeordneten Hans Wallow aufgenommen, der ein Konzept für ein Friedenskorps für Katastropheneinsätze erarbeiten wollte, das anstatt militärischer Eingriffe Nothilfe leisten und bei gewalttätigen Konflikten schlichtend eingreifen sollte. 1995 wurde im Bundestag fraktionsübergreifend eine Initiative zur Gründung eines ZFD gestartet, die damals jedoch am Widerstand des christdemokratisch geführten BMZ und des FDP-geführten AA scheiterte. Alle Fraktionen entwickelten daraufhin eigene Anträge mit z.T. sehr unterschiedlichen Konzepten, die jedoch erst nach 1998 unter der neuen Bundesregierung aufgenommen wurden. Heidi Marie Wiczorek-Zeul erklärte nach der Übernahme des BMZ die Friedenssicherung zu ihrem persönlichen Schwerpunkt:

„Die Entwicklungspolitik steht vor der Herausforderung, gemeinsam mit anderen Politikfeldern dazu beizutragen, das Entstehen von Krisen und gewaltsamen Auseinandersetzungen möglichst zu verhindern.“¹⁴

Damit erhielt die Diskussion um die angemessene Form der Friedenssicherung bei allen Beteiligten eine neue Dynamik. Die NRO, Kirchengruppen und vor allem das FZFD vertraten

¹⁴Wiczorek-Zeul, Heidi Marie: Bedeutung und Zukunft personeller Zusammenarbeit, in: E+Z 7/8, 1999

für sich den Anspruch, dass sie aufgrund ihrer langjährigen pazifistischen Arbeit, durch ihre Neutralität und Regierungs-Unabhängigkeit und ihre Vorarbeit bei der Entstehung des ZFD-Konzeptes dafür prädestiniert seien, die Implementierung des Konzeptes durchzuführen. Das BMZ dagegen favorisierte den DED als ausführende Organisation, weil er durch seine Erfahrung, bereits etablierte Strukturen in den Gastländern und durch seine organisatorischen Kapazitäten am ehesten dafür geeignet sei, die Gelder des BMZ sachgerecht zu verwalten. 1999 wurde daher dem DED sechs Mio. DM als erster Beitrag für den ZFD zugewiesen. Für 2000 und 2001 stellte das BMZ insgesamt 35,5 Mio. DM in Aussicht, die sowohl die Ausbildung der Fachkräfte, die Projektkosten in den Partnerländern als auch die Overhead-Kosten der Verwaltung abdecken sollen.

Um die protestierenden NRO und die anderen anerkannten Entwicklungsdienste zumindest teilweise in den ZFD einzubinden, wurde das Konsortium ZFD (KZFD) gegründet. Im KZFD sind neben dem DED das FZFD, die Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden (AGDF) und die Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste (AgdD) vertreten. Die Vergabe der Finanzmittel für den ZFD wird seither gemeinsamer Verantwortung entschieden.

Internationale Vorbilder

UNDP und UNV

Die entwicklungstheoretische Wende zu Beginn der 90er Jahre wurde zu einem großen Teil geprägt durch die Arbeit der VN. Vor allem die Gründung der Tochterorganisation von UNDP, die „Freiwilligen“ Friedensfachkräfte des UNV (United Nations Volunteers) bedeutete einen wichtigen Schritt in Richtung aktiver Krisenprävention und Konfliktbearbeitung über das Maß der klassischen EZ hinaus. Das UNV hatte im vergangenen Jahrzehnt Mandate zur Wahlorganisation und -beobachtung in Kambodscha, Mosambik und Südafrika, Nigeria, der Zentralafrikanischen Republik und in Bosnien-Herzegowina. Es unterstützte die Demobilisierung von Ex-Soldaten und Guerillas und betreute zurückkehrende Flüchtlinge in Ruanda und auf dem Balkan. In Guatemala wurde im Rahmen der Operation MINUGUA die Einhaltung der Menschenrechte im politischen Transitionsprozess beobachtet.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit liegt im Bereich Nothilfe, d.h. in der Unterstützung von anderen Organisationen der VN bei Missionen wie z.B. in Ruanda, Somalia, Ex-Jugoslawien oder Guatemala, oft in Kooperation mit dem UNHCR. Dabei gilt der Ansatz der Mikro-Orientierung an der Basis der betroffenen Gruppen als vorrangig.¹⁵ Damit ergänzt das UNV programmatisch den Kernbereich der Entwicklungsorganisation UNDP um einen deutlich poli-

tisch aktive Komponente, die in der bisherigen Kooperation mit den Partnerländern im Bereich Entwicklung nicht ausreichend vertreten worden war. Seit ihrer Gründung 1970 hat die Freiwilligenorganisation der VN an Bedeutung gewonnen, weil auch die Hauptorganisation UNDP immer deutlicher erkannte, dass EZ nur in einem gewaltfreien Umfeld mit stabilen, zumindest ansatzweise demokratischen Strukturen Aussicht auf nachhaltigen Erfolg haben kann.

OSZE

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) war ebenfalls eine Richtgröße bei der deutschen Diskussion um mögliche Formen der zivilen Konfliktbearbeitung. Seit ihrer Gründung in den 70er Jahren (als KSZE) hatte diese Organisation zwar ihren Auftrag als „primäres Instrument in seiner Region für Frühwarnung, Konfliktvorbeugung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge in Europa“ nur begrenzt wahrgenommen. Doch war sie mit ihrer Struktur als nichtmilitärische Kooperation von Entsenden aller Mitgliedsstaaten durchaus ein Vorbild für mögliche Realisierungsoptionen des ZFD.

Vor dem Einsatz in Bosnien zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses nach dem Krieg 1997 sowie danach im Kosovo hatte die OSZE vor allem kleinere Missionen zur Wahlbeobachtung oder zur Vermittlung in Konfliktfällen mit Schwerpunkt in Osteuropa bestritten. Die Arbeit in Bosnien etablierte die bisher mit 150 MitarbeiterInnen eher kleine Organisation jedoch mehr zu einer „Brückenfunktion“ zwischen nationalstaatlicher Diplomatie und internationalem Militärbündnis.¹⁶ Seither wurde das personelle und finanzielle Volumen der Organisation ausgeweitet, um ihre zukünftige Einsatzfähigkeit auch in anderen Krisenregionen zu erhöhen.

Der Ansatz der OSZE-Arbeit liegt heute vor allem in der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen mit dem langfristigen Ziel der Demokratisierung der Bevölkerung in den ehemaligen Krisenregionen. Besonders durch die Unterstützung lokaler NRO wird versucht, ein Gegengewicht zur oft totalitären Staatsmacht in den Konfliktgebieten des Balkans aufzubauen. Damit deckt sie also einen Kernbereich des ZFD-Anspruches zur langfristigen Krisenvermeidung und Konfliktbewältigung ab und kann immer noch als Vorbild für eine international vernetzte Form der zivilen Friedensförderung gelten.

¹⁵ siehe dazu: UNV (Hg.): *Volunteers against Conflict*, Tokio/New York 1996

¹⁶ Otto, Klaus-Stephan/Willmutz, Stefan: *Das OSZE-Projekt*, in: Evers, Tilman (Hg.): *Ziviler Friedensdienst*, Opladen 2000, S. 300–308, S. 301